

22.02.2023

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1089 vom 19. Januar 2023
des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP
Drucksache 18/2616

Drogenschmuggel: Gepantschte Schmerzmittel in deutschen Häfen?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

In den USA grassiert seit einigen Jahren eine schwere Medikamentenkrise. Wegen eines Mangels an erschwinglichen Schmerzmitteln ist der Schwarzmarkt für Opioide beträchtlich angewachsen. Den amerikanischen Ermittlern machen besonders gepantschte Schmerzmittel Sorgen, die millionenfach mit dem höchst giftigen Zusatzstoff Fentanyl versetzt werden.

Fentanyl ist ein synthetisches Opioid, das 50-mal stärker wirkt als Heroin. Bereits zwei Milligramm Fentanyl gelten laut Ermittlern als potenziell tödliche Dosis. Laut Medienberichten beschlagnahmten US-Behörden im letzten Jahr so viele mit Fentanyl gestreckte Schmerzmittel, dass man damit theoretischen „jeden Amerikaner“ hätte töten können. In den USA sterben jedes Jahr mehr als 70.000 Menschen an einer Überdosis Fentanyl.¹

Im Vergleich zu Heroin ist Fentanyl vergleichsweise preisgünstig in der Herstellung und eignet sich als Streckmittel in weißer Pulverform für andere Drogen. Entsprechend hoch sind die Gewinnmagen für das organisierte Verbrechen. Die amerikanischen Drogenkartelle beziehen die Rohprodukte offenbar aus China.²

Vor Ausbruch der Covid19-Pandemie warnten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor einer Ausweitung des Drogenschmuggels auf dem europäischen Markt. In Italien hatten Ermittler bereits erste Importversuche der örtlichen Mafia vereitelt, auch einzelne Staaten des Baltikums klagen über steigende Aktivitäten des organisierten Verbrechens im Fentanyl-Handel.³

¹ <https://www.radio-bielefeld.de/nachrichten/nrw-und-die-welt/nrw-und-die-welt/us-behoerden-beschlagnahmen-rund-379-millionen-dosen-fentanyl.html>

² <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2022/10/18/fentanyl-die-amerikanische-fluch-aus-china-und-mexiko>

³ <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2022/10/18/fentanyl-der-amerikanische-fluch-aus-china-und-mexiko>

Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 1089 mit Schreiben vom 22. Februar 2023 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz beantwortet.

1. Wie viel Fentanyl-haltige Drogen konnten Ermittler in Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren sicherstellen?

Aus den Daten der Vorgangsbearbeitungssysteme der Polizei Nordrhein-Westfalen ergeben sich nach Jahren aufgeschlüsselt folgende Sicherstellungsmengen von Fentanyl und fentanylhaltigen Stoffen:

Jahr/Form	2018	2019	2020	2021
Gramm	-	7,3	29,75	6,5
Milliliter	65	10	-	-
Tabletten (Anzahl)	-	-	-	3
Pflaster (Anzahl)	131	8	10	43

Die Auswertung der Daten für das Jahr 2022 ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Es sind keine Fälle bei der Polizei Nordrhein-Westfalen bekannt, in denen Schmerzmittel mit Fentanylen versetzt worden sind.

2. Falls eine Zunahme oder Abnahme festzustellen ist: Wie erklärt sich die Landesregierung die Entwicklung?

In den Vorgangsbearbeitungssystemen der Polizei Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2018 elf Ermittlungsverfahren erfasst. Im Jahr 2019 waren es vier, 2020 zwei und im Jahr 2021 sechs Ermittlungsverfahren. Ein Trend kann auf Grundlage dieser Zahlen nicht abgeleitet werden.

3. Wie wird sich der Schmuggel von Fentanyl-haltigen Drogen nach Ansicht der Landesregierung in Zukunft entwickeln?

Eine diesbezügliche Prognose lässt sich aus den vorliegenden Informationen nicht treffen.

4. Was unternimmt die Landesregierung konkret, um Drogenschmuggel aktiv zu bekämpfen?

Aufgrund der geografischen Lage Nordrhein-Westfalens ist die internationale und nationale Zusammenarbeit aller beteiligten Strafverfolgungsbehörden von wesentlicher Bedeutung.

Eine wirksame Reduzierung des Angebots illegaler Drogen lässt sich nur erreichen, wenn vor allem der organisierte Rauschgifthandel als Teil der Organisierten Kriminalität bekämpft wird. Vorrangiges Ziel polizeilicher und justizieller Maßnahmen ist daher, die Strukturen der Organisierten Kriminalität zu bekämpfen. 59 der 90 im Jahr 2021 durch die Polizei Nordrhein-Westfalen geführten Ermittlungsverfahren der Organisierten Kriminalität richteten sich gegen

kriminelle Gruppierungen, deren kriminelle Hauptaktivität der Handel mit Betäubungsmitteln - vornehmlich mit Cannabisprodukten und Kokain - darstellte.

Die Strafverfolgungsbehörden müssen bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität alle Ebenen des Rauschgifthandels, vom örtlichen Kleinhandel über den regionalen und überregionalen Zwischenhandel bis zum national und oder international organisierten Großhandel, berücksichtigen.

Diese Entwicklung geht mit dem Rauschgifthandel über das Internet und dem Postversand von Betäubungsmitteln einher. Zur Aufdeckung des digitalen Handels mit inkriminierten Gütern wie Betäubungsmitteln fahndet die Polizei Nordrhein-Westfalen anlassunabhängig im Internet und Darknet sowie auf Verkaufsplattformen aller Art und den sozialen Medien. Im Jahr 2021 leitete die Polizei Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang 5.279 Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Postversand von Betäubungsmitteln ein. In der bei der Staatsanwaltschaft Köln organisatorisch angebotenen Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) ist ein phänomenologisch orientiertes Dezernat eingerichtet, das auf Ermittlungsverfahren aus den Bereichen „Darknet, inkriminierte Güter im Internet und Cyber-OK“ spezialisiert ist, um insbesondere Verfahren gegen Betreiberinnen und Betreiber technisch komplexer Online-Handelsplattformen für Betäubungsmittel erfolgreich führen zu können.

Im Rahmen der nationalen sowie internationalen polizeilichen Zusammenarbeit erfolgt seit vielen Jahren der Informationsaustausch zur Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität zwischen dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei, der niederländischen und der nordrhein-westfälischen Polizei. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen und sein niederländisches Pendant in Driebergen haben Verbindungsbeamtinnen und Verbindungsbeamte ausgetauscht; auf Fachebene sind deliktsbezogen sowie in den Grenzbehörden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt. Diese tauschen sich regelmäßig, aber auch anlassbezogen aus. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen steht zudem durch Partizipation als assoziierter Partner in Arbeitsgruppen der Benelux-Union auch auf strategischer Ebene in einem konstanten Austausch zu angrenzenden Nachbarstaaten mit großen Einfuhrhäfen. Darüber hinaus bestehen enge Kontakte zu Europol und Eurojust. Einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität leistet ferner das Büro für Euregionale strafrechtliche Zusammenarbeit (BES).

Gemeinsame operative Maßnahmen im Rahmen des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten erfolgen beispielsweise in Form Grenzüberschreitender Polizeiteams (GPT). Die grenzüberschreitende Kooperation Polizeiliche Euregio Rhein-Maas-Nord (PER) befasst sich unter anderem mit dem Deliktsbereich der Betäubungsmittelkurierfahrten. Regelmäßig werden Fahndungstage beziehungsweise sogenannte Korridorfahndungen unter Bildung gemeinsamer Polizeistreifen mit der niederländischen Polizei durchgeführt.

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen ist zudem in der Ständigen Arbeitsgruppe Rauschgift (StAR), einem kriminalpolizeilichen Fachgremium zur Rauschgiftkriminalitätsbekämpfung unter Vorsitz des Bundeskriminalamts mit internationaler Besetzung, vertreten. Die StAR ermöglicht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern u.a. aus Bund und Ländern sowie den deutsche Anrainerstaaten und EUROPOL den erforderlichen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Abstimmung gemeinsamer operativer Maßnahmen.

Im unmittelbaren Grenzbereich unterhält die Polizei Nordrhein-Westfalen eine intensive Zusammenarbeit mit der Bundespolizei. Die Durchführung gemeinsamer Kontrolltage, die Erstellung eines gemeinsamen Lagebildes „Grenze“ und der Ausbau gegenseitiger Hospitationen erfolgen zur stetigen Verbesserung des Informationsaustausches.